

Infoblatt

| Juli/August 2021 |

Vor Ort aktiv für bezahlbares Wohnen

Nein zu Mieterhöhungen bei der SWSG!

Die Stadtverwaltung und eine breite Mehrheit im Gemeinderat wollen die Mieten in den 19.000 Wohnungen der städtischen Wohnbaugesellschaft SWSG im Jahr 2022 erhöhen, obwohl bereits sehr hohe Einnahmen aus den Mieten erzielt werden. DIE LINKE setzt sich gegen die geplanten Mieterhöhungen ein, weil Haushalte mit geringen Einkommen nicht noch weiter durch steigende Mieten belastet werden sollen.

Hohe Mieten sind ein bundesweites Problem. Deswegen fordert die Partei DIE LINKE die Einführung von Mietobergrenzen und unterstützt wegweisende Projekte der Mietbewegung wie



»Schon bei 5% Mieterhöhung würde eine 65 m² große Wohnung zur Durchschnittsmiete in frei finanzierten Wohnungen (10,49 €/m²) monatlich 35 € mehr kosten. Die SWSG-Mieterhöhungen bedeuten also aufs Jahr eine Mehrbelastung von mindestens 420 €, die wir den Mieter*innen ersparen möchten....«

Horst Fleischmann Bezirksbeirat von DIE LINKE in Möhringen

das Berliner Volksbegehren *Deutsche Wohnen & Co. enteignen*, bei dem erstmalig privatisierte Wohnungen zurück in die öffentliche Hand gebracht werden sollen. Und auch vor Ort in Stuttgart setzen wir uns für bezahlbares Wohnen ein.

Nein zu Mieterhöhungen bei der SWSG!

Aktuell versuchen wir, Mieterhöhungen bei den 19.000 Wohnungen der städtischen Wohnbaugesellschaft SWSG in 2022 zu verhindern. Bei Rathaussitzungen im Mai und Juni hatte sich eine Mehrheit der Parteien im Gemeinderat für Mieterhöhungen bei der SWSG ausgesprochen: von CDU, über die Grünen, AfD, Freie Wähler bis FDP. Auch die SPD stimmte letztlich gegen den Vorschlag der LINKEN auf Mieterhöhungen zu verzichten. Wir wollen die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung über SWSG-Mieterhöhungen im Herbst nutzen, um gemeinsam mit den Mieter*innen öffentlich Druck auf die Verantwortlichen zu machen und die Erhöhungen aufzuhalten.

Mieter*innen protestieren

Vor der Rathaussitzung am 21. Mai hatten 30 SWSG-Mieter*innen vor dem Sitzungssaal mit Schildern und Bannern gefordert, dass die Mieten nicht weiter steigen sollen. Viele geben oft schon die Hälfte vom Einkommen für die Miete aus: Rentner*innen, Altenpfleger*innen, Reinigungskräfte, Verkäufer*innen im Einzelhandel, u.v.m. Die Stadt selbst hat Probleme, Fachkräfte wie Erzieher*innen für die KiTas zu gewinnen, weil die Arbeit nicht attraktiv ist, wenn die Miete große Teile vom Gehalt auffrisst.

(weiter auf der Rückseite)



SWSG-Mieter bei Protestaktion 21. Mai im Rathaus.

Mieter*innen aufgepasst: ein Hinweis zur AfD

Manche Menschen wählen die AfD, weil sie den Eindruck haben, diese Partei würde sich für die kleinen Leute einsetzen. Das Gegenteil ist der Fall. Nur ein Beispiel von vielen: Im Wirtschaftsausschuss und im Stuttgarter Gemeinderat sprachen sich die Vertreter der AfD für SWSG-Mieterhöhungen aus. AfD wählen heißt Mieterhöhungen wählen!

Bundestagswahl 2021

Macht das Land gerecht!



Johanna Tiarks (Wahlkreis Nord) und Bernd Riexinger (Wahlkreis Süd) kandidieren in Stuttgart für den Bundestag.

»Wir wollen das Leben der Mehrheit der Menschen verbessern und zugleich die Weichen für eine andere, gerechtere Gesellschaft stellen. Folgende Reformen sind dafür unverzichtbar: Wir brauchen **Löhne, die zum Leben reichen und weniger Stress**. Prekäre Arbeit muss durch einen Mindestlohn von 13€, die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherte Arbeit sowie flächendeckende, allgemeinverbindliche Tarifverträge zurückgedrängt werden. Ein Mieterhöhungsstopp und gesetzliche **Mietobergrenzen** werden zum Schutz der Mieter*innen eingeführt. Wohnungsbauprogramme schaffen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum in öffentlicher Hand, während privatisierte Wohnungsbestände rekommunalisiert werden. Ein Sofortprogramm für **mehr Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen** soll Missstände im Gesundheitswesen beenden. Dazu gehört die Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung, die sich am tatsächlichen Personalbedarf orientiert und die Abschaffung der Fallpauschalen. Mehr Anerkennung für Pflegeberufe heißt auch: 500 € mehr Gehalt im Monat. Um diese Reformen zu finanzieren, müssen Millionäre durch Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** ihren Beitrag leisten. Sparen können wir bei Rüstungsausgaben und durch ein Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Für uns ist klar: **Klimaschutz & soziale Gerechtigkeit** gehören zusammen. Den ökologischen Umbau der Autoindustrie wollen wir durch einen Industriefonds gestalten, der Arbeitsplätze sichert. Hierfür setzen wir uns im nächsten Bundestag ein.«

Durch Pandemie und wirtschaftliche Krise haben viele zusätzlich Einkommen verloren. Deswegen sind Mieterhöhungen nicht akzeptabel, ganz besonders bei einer städtischen Wohnbaugesellschaft wie der SWSG!

SWSG nagt nicht am Hungertuch:

2020 machte die SWSG aus Mieteinnahmen 23,4 Millionen Gewinn vor Steuern; Gewinnrück-

lagen & Eigenkapital sind ebenfalls gestiegen. Mieterhöhungen sind bei dieser Ertragslage nicht gerechtfertigt. Die SWSG muss als öffentliche Wohnbaugesellschaft günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen und ihre Kosten decken – soll aber keine Profite zu Lasten der Mieter machen! Wir erwarten von der Stadt, dass sie Vorbild ist und einen Beitrag zur Dämpfung der Mieten leistet, statt selbst Mietpreise zu treiben.

Kündigungen im Gesundheitswesen in der Pandemie?! 61 Entlassungen bei Sana AG in Stuttgart

Der private Klinikkonzern Sana, der in Stuttgart vier Krankenhäuser betreibt (Bethesda- und Karl-Olga-Krankenhaus, Rotkreuzklinik und Herzchirurgie in Cannstatt), hat Ende April die Entlassung von bundesweit 1.000 Mitarbeiter*innen bei der Tochtergesellschaft *DGS pro service GmbH* angekündigt, deren Beschäftigte in den Bereichen Patientenbegleitung, Empfang, Stationshilfe und Reinigung tätig sind. In Stuttgart sind 61 Personen betroffen.

Motiv: Mehr Gewinn

Durch eine bundesgesetzliche Reform der Krankenhausfinanzierung werden Pflegetätigkeiten nicht mehr durch pauschale Geldzuweisungen, sondern durch gesonderte „Pflegebudgets“ von den Krankenkassen refinanziert. Dadurch ist es jetzt nicht mehr so leicht möglich Gelder für die Pflegekosten für Gewinne zu zweckentfremden, weswegen die Konzerne in allen anderen Bereichen nochmal an der Sparschraube drehen wollen z.B. im Servicebereich. Außerdem besteht nun der Anreiz möglichst viele Tätigkeiten wieder durch Pflege(hilfs)kräfte verrichten zu lassen, da deren Personalkosten künftig von den Kassen refinanziert werden. Sana will also wieder den maxi-

malen Gewinn rausholen, indem sie die Kolleg*innen der Servicegesellschaft entlassen wollen.

Druck auf Sana machen !

Entlassungen von Menschen, die – gerade in der Pandemie – unter großer Belastung eine wichtige Arbeit verrichten, sind ein Skandal! Wir fordern, dass die Kolleg*innen auf keinen Fall entlassen werden, sondern im Gegenteil in

die Stammbesellschaften der Krankenhäuser zurückgeholt werden und wenn nötig auf Kosten des Unternehmens weiterqualifiziert werden. Jetzt heißt es Druck auf Sana machen: In Stuttgart haben wir dazu eine Unterschriftenaktion gemacht und auf Initiative der LINKEN hat der Bezirksbeirat in Stuttgart-Ost (wo Sana 40 Kolleginnen am Karl-Olga-Krankenhaus entlassen will) einstimmig einen Protestbrief an Sana geschrieben.

Keine Profite mit der Gesundheit

DIE LINKE fordert, dass Gewinne im Gesundheitswesen verboten werden, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtung am Gemeinwohl orientiert wirtschaften sollen und privatisierte Kliniken rekommunalisiert werden. Deshalb: Am 26. September DIE LINKE wählen!



Gastbeitrag der Die Stadt gehört uns allen!

links
jugend
[solid]
STUTTGART



3. Juli 2021: Aktion der Linksjugend-Stuttgart auf der Freitreppe zum kleinen Schlossplatz

Die Pandemie brachte für viele junge Menschen eine lange Phase mit unsicheren Schulöffnungen bei weiterhin hohem Leistungsdruck. An Unis und Hochschulen fand seit Pandemiebeginn keine Präsenzlehre statt. Gleichzeitig war ein Großteil der Sport- & Freizeiteinrichtungen zu. Möglichkeiten sich vom Druck des eng getakteten Bildungsalltags zu erholen, Freund:innen zu treffen, sich im Austausch mit anderen weiterzuentwickeln, wurden in den letzten Monaten erschwert, zum Teil regelrecht kriminalisiert. Statt alternative Freizeitangebote für junge Menschen zu schaffen, werden jetzt öffentliche Räume gesperrt, Alkoholverbote ausgesprochen und die Polizeipräsenz erhöht. Wer nicht viel Geld für den Kommerz in der Innenstadt hat, ist nicht willkommen (vergessen wir dabei nicht: Auch viele Schüler:innen und Studierende haben in der Pandemie Einkünfte aus Nebenjobs verloren). Aufgrund dieser, maßgeblich von OB Nopper betriebenen, Politik haben wir am Samstag, den 3. Juli, die Freitreppe am Schlossplatz „besetzt“ und deutlich gemacht: Die Stadt gehört uns allen!

Wir spüren jeden Tag wie ungleich die Chancen auf gute Bildung sind. Wir sehen, dass die Interessen der Wirtschaft immer Vorrang haben: Fabriken und Büros blieben offen, Kaufhäuser öffneten möglichst schnell, aber die Schulen blieben zu. Wir denken, dass das kapitalistische System unfähig ist, uns eine gute und sozial gerechte Zukunft zu bieten und die Klimakatastrophe abzuwenden. Deshalb finden wir, dass der Kapitalismus durch eine sozialistische Demokratie ersetzt werden soll.

Impressum: DIE LINKE. Stuttgart
V.i.S.d.P.: Filippo Capezzone
Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart

Fragen & Kontakt:

E-mail: info@die-linke-stuttgart.de

Web: www.stuttgart.die-linke-bw.de

Wir freuen uns über jede Anfrage!

14. September 2021 – 17 Uhr Janine Wissler live auf dem Stuttgarter Schlossplatz

»Liebe Stuttgarter*innen,

Mein Name ist Janine Wissler, ich bin Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE und Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl am 26. September. Ich möchte Ihnen am 14.09. in Stuttgart erklären für welche Ziele wir als DIE LINKE uns einsetzen: für bezahlbares Wohnen, gute Arbeit, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.«

Janine Wissler

Weitere Redner*innen: **Bernd Riexinger & Gökay Akbulut**
Livemusik: **Calum Baird** (Schottland) **Tobias Thiele** (Berlin)